

### Die Verhandlungen in Versailles. Uebersetzung der Ententeantwort heute nachmittag.

Yhon, 15. Juni. (Zuspruch der Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Der Rat der Vier hat Samstag seine Beratungen beendet. Das Redaktionskomitee, das den ganzen Tag unter dem Vorsitz Lardiers gearbeitet hat, hat die Abfassung des Wortlautes nahezu vollendet; der größte Teil hiervon befindet sich gegenwärtig in der Staatsdruckerei.

Die Antwort der Alliierten wird Montag mittag in Versailles dem Grafen Brockdorff-Ranzau vom Generalsekretär der Konferenz Dutasta und dem Botschaftssekretär Arnabon überreicht werden. Diese Antwort wird aus zwei Dokumenten bestehen, einem Begleitschreiben als allgemeiner Einführungsnote und einer Denkschrift, in der die verschiedenen deutschen Gegenentwürfe und die Auffassung der Alliierten als Antwort niedergelegt sind. Dem Begleitschreiben wird der vollständige Vertragsentwurf, in welchem auch die an dem ursprünglichen Wortlaut vorgenommenen Änderungen in Form von Artikeln enthalten sind, beiliegen. Diesen Wortlaut werden die Deutschen zu unterzeichnen haben.

Dubasta wird den Grafen Brockdorff ersuchen, ihm eine Empfangsbestätigung auszustellen, in der der Zeitpunkt der Uebersetzung der Antwort angegeben ist.

Der deutschen Abordnung wird eine Frist von fünf Tagen eingeräumt werden, um bekanntzugeben, ob sie die Bedingungen der Entente annimmt oder nicht. In diese Frist sind die drei Tage zur Aufkündigung des Waffenstillstandes einzurechnen. Folglich werden die Deutschen für ihre Entscheidung bis Samstag, den 21. Juni, mittags Zeit haben. Im Falle der Ablehnung könnten die Truppen der Alliierten unverzüglich den Vormarsch antreten.

### Die Abänderungen.

„Echo de Paris“ glaubt bestätigen zu können, daß die Abänderungen folgendes betreffen:

1. Der Wiedergutmachung Deutschlands wird eine viermonatige Frist eingeräumt, um den Alliierten Vorschläge sowohl über die Gesamtheit seiner Schuld wie über die Zahlungsweise unterbreiten zu können. Deutschland wird der Entente Waren und Arbeitskräfte anbieten können. Die Entente wird zwei Monate Zeit zur Beantwortung haben.

2. Die polnischen Grenzen. Innerhalb sechs bis achtzehn Monaten wird in den an Polen abzutretenden Teilen Oberschlesiens eine Volksabstimmung stattfinden. Abmachungen über die Lieferung schlesischer Kohle und ein finanzielles Abkommen ergänzen diese Festsetzungen.

3. Zulassung Deutschlands zur Gesellschaft der Nationen. Es ist die Absicht der Mächte, daß diese bald erfolgt. Die Prüfung der deutschen wirtschaftlichen Vorschläge, welche im Gegensatz zum Originalvertrag für Deutschland die Gegenseitigkeitsbehandlung festsetzen, wird bis zur Zulassung verschoben.

4. Allgemeine Herabsetzung der Rüstungen. Die Mächte beabsichtigen, unverzüglich Unterhandlungen im Hinblick auf die Durchführung dieser Herabsetzung zu beginnen.

5. Schutz der deutschen Minderheiten in den Deutschland weggenommenen Landesteilen durch die Gesellschaft der Nationen.

6. Festsetzung des Effektivstandes des deutschen Heeres auf 200,000 Mann für drei Jahre (andere Blätter schwelben bis zum 31. Dezember 1920).

7. Das Verwaltungsregime des von den Alliierten Truppen besetzten linken Rheinufer. Ein interalliiertes Zivilauschuß wird eingesetzt, welchem alle bestehenden militärischen Ausschüsse untergeordnet sind.

„Echo de Paris“ hebt hervor, daß weder Koch noch Wilson dieses Projekt unterschrieben haben. Wie „Petit Journal“ wissen will, ist das Kapitel über die Wiedergutmachungen nahezu vollständig beibehalten. Neu ist der Betrag von 100 Milliarden Goldmark. Die Zahlungsweise ist gemäß dem ursprünglichen Entwurf unverändert geblieben, doch wird es Deutschland gestattet sein, Sachverständige in die besetzten Gebiete zu schicken, um sich über den Schaden Rechenschaft zu geben und Vorschläge machen zu können. Falls Deutschland nicht unterzeichnet, soll der Vormarsch der alliierten Truppen nach Ablauf einer fünftägigen Frist beginnen.

### Mitteilungen über die Antwort der Entente.

Paris, 14. Juni. (Meldung der Telegraphenkompanie.) Nach Mitteilungen aus Konferenzkreisen ergibt sich folgende Uebersicht über die Antwort der Entente:

In einer einleitenden Note wird mit heftigen Worten betont, weshalb der Friede ein Diktatfriede sein müsse. Die Regierungen der Alliierten besitzen, wie es in dieser Note heißt, Beweise dafür, daß Deutschland den russischen Sowjets Kredite für eine internationale Propaganda gewährt habe. Ueber die militärischen Bedingungen sind den militärischen Sachverständigen der Entente zu der Ansicht gekommen, daß die deutschen Streitkräfte, deren Zahl auf ursprünglich 300,000 Mann festgesetzt worden war, auf 200,000 Mann zu vermindern seien. Die Antwort der Alliierten bestimmt weiter, daß Deutschland binnen vier Monaten nach der Unterzeichnung des Abkommens ein Angebot über die allgemeine Entschädigung machen müsse. Die Kommission für Schadenersatz wird dieses Anerbieten erwägen und es annehmen oder Änderungen vorschlagen. Der Teil des alten Friedensabkommens, in dem Deutschland die Verpflichtung auferlegt wurde, alle Schäden zu ersetzen, die die Zivilbevölkerung der alliierten und assoziierten Mächte persönlich oder an ihrem Eigentum durch den Angriff zu Lande, zur See und in der Luft erlitten haben, wurde aufrecht-

erhalten. Andre Bestimmungen in der Antwort, die namentlich die Franzosen befriedigen, gehen darauf aus, daß Frankreich in Zukunft Sicherheiten erhält, die die Reichsgrenzen betreffen. Für Oberschlesien wurde vom Räte der Fünf einstimmig die Volksabstimmung genehmigt.

### Wird Deutschland annehmen oder ablehnen?

Yhon, 15. Juni. (Zuspruch.) Amerikanische Kreise neigen zu der Ansicht, daß Deutschland annehmen werde. Die Engländer sind gegenteiliger Ansicht. Im Falle der Nichtunterzeichnung würde die Blockade wieder aufgenommen und vor allem würden das Ruhrgebiet und die westfälischen Kohlenfelder besetzt werden, um Deutschlands Industrie zum Stillstande zu bringen.

Die letzten Änderungen, die im Friedensvertrage vorgenommen wurden, behandeln:

1. Die Rheinlande sollen während der Dauer der Okkupation nicht militärisch, sondern von einer Zivilkommission der Alliierten verwaltet werden. Die Besatzungstruppen werden ausschließlich von Frankreich beigelegt. 2. Das Verbot, ohne Erlaubnis der Wiedergutmachungskommission Gold auszuführen, wird aufgehoben. 3. Polen muß sich verpflichten, die deutschen Eigentümer der ober-schlesischen Kohlenfelder zu entschädigen. Nach der alten Bestimmung hätte die Entschädigung von Deutschland gezahlt werden müssen.

Sämtliche deutschen Gegenentwürfe werden am Montag, den 16. d., allüberallhin mit Draht und Zuspruch veröffentlicht. Die Antwort der Alliierten, wegen ihres Umfangs jedoch nur im Auszuge, wird am Dienstag veröffentlicht werden.

### Scheitern der Entente vor militärischen Maßnahmen gegen Deutschland.

Amsterdam, 14. Juni. Dem Pressebureau Radio zufolge schreibt die „New York Sun“ in einem Leitartikel, die Alliierten glaubten zuversichtlich, daß die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrages zur Revolution in Deutschland führen und eine neue Regierung unter Erzberger aus Ruher bringen werde, die den Vertrag wahrscheinlich unterzeichnen würde. Man hoffe, daß die Revolution innerhalb fünf Tagen ausbrechen werde und die Unterzeichnung des Friedensvertrages kurz danach erfolgen könne. In dem Artikel wird zugegeben, daß die Alliierten wegen der politischen Lage und aus Furcht vor einem allgemeinen Streik keine Lust dazu haben, militärische Maßnahmen gegen Deutschland zu ergreifen.

### Rücktritt des englischen Finanzfachmannes Rehne.

Bern, 15. Juni. Auf die Demission der fachmännischen Berater Wilsons ist die Demission Rehnes, des Finanzfachmannes der britischen Friedensdelegation, gefolgt. Nach dem „Manchester Guardian“ wurde sein Rat nicht gehört. Er hält die finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrages für unheilvoll.

### Appell des englischen an den amerikanischen Liberalismus.

St.-Germain, 15. Juni. Unter dem Titel „Wilson oder Clemenceau“ schreiben „Daily News“ in einem zwei Spalten langen Artikel unter anderem: Wilson ist gekommen, um aufzubauen, während Clemenceau keine derartigen Absichten hatte. Er hat sein Herz an den französischen Rachefrieden gehängt. Schließlich wurde ein Kompromiß geschlossen. Der amerikanische Friede ist im Völkervertrag niedergelegt, der französische im Friedensvertrage. Der Völkervertrag zeichnet die Linien einer neuen Weltordnung, der Friedensvertrag erneuert die alte. Der Völkervertrag zielt auf die Vernichtung des Militarismus, der Friedensvertrag setzt ihn neuerlich in Kraft. Beide zusammen können nicht bestehen, einer zerstört den andern: Bleibt der Völkervertrag, muß der Friedensvertrag

fallen. Bleibt der Friedensvertrag, ist der Völkervertrag eine Totgeburt.

Angeht dieses Friedensvertrages hat sich die Stimmung in Amerika gewendet. Die öffentliche Meinung ist gegen den Völkervertrag und gegen den Friedensvertrag, und zwar deshalb, weil man einseht, daß der Friedensvertrag ein Verbrechen ist, und der Völkervertrag nur dazu dienen soll, dieses Verbrechen zu verewigen. Amerika aber will sich nicht zum Komplizen machen lassen und ist entschlossen, lieber Europa seinem Schicksal zu überlassen.

Diese Aenderung der Lage ist schrecklich, und es muß im Namen des englischen Liberalismus an den amerikanischen Liberalismus der Ruf ergehen, den Präsidenten nicht im Stiche zu lassen. Es muß verhindert werden, daß sich Amerika vom Völkervertragsgedanken zurückzieht und Europa seinem Schicksal überläßt. Geschieht es, dann waren alle Hoffnungen auf eine Erneuerung der Rechtsordnung vergeblich. Wir wären am Bord eines zertrümmerten Kontinents und würden immer tiefer und tiefer unter der Last unaufhörlicher Kriege bis über die Knie versinken. Der britische Liberalismus beschwört den amerikanischen Liberalismus, dieses letzte Weltunglück zu verhindern.

### Der Plan eines 24stündigen internationalen Streiks.

St.-Germain, 15. Juni. Der Allgemeine Arbeitsverband hat entsprechend den Beschlüssen des Nationalrates vom 25. und 26. Mai gestern eine interalliierte Arbeiterkonferenz einberufen. Es waren aber nur die Italiener erschienen, während die Engländer und die Belgier fernblieben. Es wurde über die Veranstaltung eines 24stündigen Protestgeneralstreiks beraten, dem die Italiener sich anschließen zu wollen erklärten. Ein Redner wandte jedoch ein, daß eine solche Demonstration ohne Teilnahme der englischen Gewerkschaften nicht ins Gewicht fallen würde. Es wurde daher beschlossen, daß sich eine französisch-italienische Delegation möglichst bald zu den englischen Arbeiterorganisationen begeben möge, um sie von den Beschlüssen in Kenntnis zu setzen. Erst nach ihrer Rückkehr wird der Termin für den Streik festgesetzt werden.

Eine parallele Konferenz der Sozialisten, an der sich die Italiener ebenfalls beteiligten, faßte die gleichen Beschlüsse.

### Ein französischer Arbeiterführer gegen einen Zwangsfrieden.

Einer der amerikanischen Berichterstatter hatte eine Unterredung mit einem der französischen Arbeiterführer über die Folgen eines abermaligen bewaffneten Einschreitens in Deutschland. Der Arbeiterführer meinte, um die Unruhe in der Arbeiterschaft der Ententestaaten zu beenden, sei ein rascher Friede nötig, daher müsse Deutschland nach Ansicht der Regierung unterzeichnen, und wenn es nicht freiwillig unterzeichnet, dazu gezwungen werden. Neuerliche Kriegsmassnahmen würden ganz sicher auf die innere Lage Frankreichs zurückwirken. Der Zwang wäre ein falscher Weg, ein Bürgerkrieg als Folge nicht unmöglich. Zwar könne allem Anscheine nach die Unterschrift Deutschlands nur durch Anwendung von Zwangsmassnahmen erhalten werden, aber die Arbeiterschaft Frankreichs und Italiens, vielleicht auch Englands, würde sich jeder Zwangsmassnahme widersetzen, da sie die Friedenskonferenz als Mißerfolg und den Friedensvertrag als ungerecht ansehe.

### Die Ahnungslosigkeit des Biererates.

Saint-Germain, 15. Juni. „Action Francaise“ schreibt: Die Biereraten haben keine Ahnung davon zu haben, daß Mittel- und Osteuropa ihrem Aktionskreise entgleiten. Sie haben sich dort in Widersprüche verannt, von denen Frankreich selbst ein Beispiel gibt, da es